

Jg. 24/ Nr. 5 März 2020



DER EUROPAER

Symptomatisches aus Politik, Kultur und Wirtschaft

Was ist Erkenntnis?

Thomas Meyer

Johanna von Keyserlingk über Toni Völker

Toni Völker und der Evangelist Marcus

Europäisches Parlament auf Abwegen

Gerald Brei

Edward Hopper in Riehen

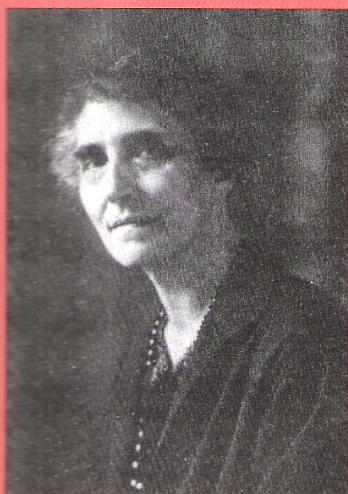
Ruedi Bind

Selbtvernichtung des deutschen Volkes?

Angelika Eberl

Eine deutsche Frau in Amerika II

Monica von Miltitz



Selbstvernichtung des deutschen Volkes?

Lenkung der deutschen Politik durch anglo-amerikanische Kreise

«...diese führenden Persönlichkeiten ersinnen als ein Stück ihres «Friedenswerkes» etwas, aus dem Maßnahmen hergeleitet werden, welche zu der wirtschaftlichen Zerstörung die völlige seelische Selbstvernichtung des deutschen Volkes herbeiführen sollen.»¹

(Rudolf Steiner)

Bereits vor über hundert Jahren, als erneuernde Kultur-Impulse aus der geistigen Welt in München hätten gesät werden können, als Rudolf Steiner seinen Johannesbau errichten wollte, hat man ihn abgewiesen. Diese Ablehnung hatte Folgen für die Deutschen – man lehnt nicht ungestraft die Gunst der geistigen Welt ab. München wurde bald darauf die Hauptstadt einer ganz anderen Bewegung...

Doch Rudolf Steiner setzte sich während und nach dem Ersten Weltkrieg für Wahrheit und Gerechtigkeit ein und erkannte, dass dem deutschen Volk Unrecht angetan wurde, wenn man ihm die Alleinschuld am Ausbruch des Krieges anlastete. Schon im Vortrag vom 30. September 1914 in Stuttgart hatte er gesagt: «Denn darum handelt es sich, dass wir zu jener Objektivität hindurchdringen, die nur durch den Geist der Wahrheit errungen werden kann. Dann wird man auch heute schon erkennen können, was eine spätere Zeit erkennen wird: dass dieser Krieg eine Verschwörung ist gegen deutsches Geistesleben.»²

Und ein weiteres Zitat von Rudolf Steiner ist ebenso erhellend: «Und alle Kulturentwicklung der Zukunft ist eine Frage dieser Verbindung Mitteleuropas mit Osteuropa.»³ Die Völker Mitteleuropas haben das vitalste Interesse, mit ihrem großen Nachbarn Russland ein gutes Verhältnis zu pflegen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass der britische Geostratege Sir Halford Mackinder sich vehement gegen ein solches freundschaftliches Zusammengehen zwischen Mittel- und Osteuropa aussprach. Und seine Mitstreiter und Nachfolger dachten und denken bis heute so.

Die britische Außenpolitik gegenüber Deutschland im 18./19. Jahrhundert

Keine andere Menschengruppe erscheint politisch so geschickt, wie die britische Oberschicht. In Bezug auf Europa bestand ihre Strategie darin, dafür zu sorgen, dass kein übermächtiger Hegemon auf dem Kontinent entstehe. «Balance of Power» nannten sie diese Politik – und sie ermöglichte ihnen die weitgehend ungestörte Konsolidierung ihres Empire. Sie waren «Schachspieler»

– sie spielten mit Staaten, als ob sie Spielfiguren wären. Gegenüber dem Geschick der britischen Eliten war und ist das deutsche Volk und seine politischen Eliten ein sehr unpolitisches Volk, bei dem die Begabung des strategischen Denkens nur bei sehr wenigen entwickelt zu sein scheint. Durch eine gewisse Leichtgläubigkeit, die annimmt, dass das, was gesagt wird, auch tatsächlich so gemeint sei und durch eine gewisse Übertölpelbarkeit eignen sich die Deutschen oft hervorragend als Strategie-Objekt. Strategisch denkende Briten setzten die Deutschen schon seit Jahrhunderten für ihre Zwecke ein, etwa durch eine Politik, die sich aus Anregungen und «Geschenken» an die Deutschen zusammensetzte, die sich allesamt als «Büchse der Pandora» erwiesen.

Großbritannien benutzte im 18. Jahrhundert Friedrich II. von Preußen. Er sollte durch Krieg das französische Heer auf dem Kontinent binden, so dass es Großbritannien kaum beim Ausbau seiner nordamerikanischen Kolonien behindern konnte. Nach den Napoleonischen Kriegen wurde Preußen ein Gebiet zugesprochen, das rechts vom Rhein lag – und wieder hatte ein britischer Politiker die Finger im Spiel: Lord Castlereagh, der damalige British Foreign Secretary. Preußen sollte neben Frankreich platziert werden, um Letzteres in Schach zu halten.⁴

Auch Österreich-Ungarn wurde von einem bedeutenden britischen Staatsmann «bedacht»:

Auf dem Berliner Kongress 1878 schlug Lord Salisbury vor, Österreich-Ungarn solle doch, zum Heile Europas, Bosnien-Herzegowina okkupieren.⁵ Doch Österreich-Ungarn bekam damals nur das Verwaltungsmandat – was ausreichte, es dem Russischen Zarenreich zu entfremden, und als der österreich-ungarische Außenminister, Aehrenthal, nach mannigfaltigen Manipulationen von Seiten des russischen Außenministers Alexander Iswolski, im Jahre 1908 schließlich die Annexion Bosnien-Herzegowinas vorantrieb,⁶ galt Österreich-Ungarn fortan als «bedrohlich-aggressive» Macht und Serben und Russen waren ihm spinnefeind geworden. Langfrist-Manipulation geglückt.

Auch Kaiser Wilhelm II. wurde von einem Mitglied der britischen Elite ein «Floh ins Ohr» gesetzt: Im März 1899 war es kein Geringerer als der britische Geheimbund-Gründer und Freimaurer Cecil Rhodes, der Kaiser Wilhelm II. während einer persönlichen Unterredung vermittelte, dass auf das Deutsche Kaiserreich im Nahen Osten große Aufgaben warteten: «Mesopotamien, der

Euphrat und der Tigris, Bagdad, die Kalifenstadt, dort läge seine Zukunft.» Der Kaiser müsse schließlich «den Landweg nach Indien» bauen⁷ – und 15 Jahre später zieht dann das Empire gegen den «expansiven» Kaiser unter anderem wegen der Bagdad-Bahn in den Krieg.

Auch beim Boxeraufstand im Jahre 1900 war es wieder ein britischer Lord, Admiral Sir Edward Hobart Seymour, der gesagt haben soll: «The Germans to the front.»⁸ Wahrscheinlich fand er, dass das deutsche Kaiserreich zu wenige Kriege geführt hatte, nämlich seit 1871 gar keine mehr. Das British Empire hingegen, hatte zwischen 1871 und dem Boxeraufstand acht Kriege geführt.⁹

Da wundert man sich schon, wie es gelang, dieses deutsche Kaiserreich so stark zu diskreditieren. Doch Großbritannien besaß ein Weltreich und London war davon die Presse-Hauptstadt. Die Zeitung *The Saturday Review* brachte in den späten 1890er Jahren drei deutschfeindliche Artikel heraus.¹⁰ Ab 1910 gab es heftige antideutsche Presse-Kampagnen in *The Times* und in *The Round Table*, Zeitungen, die Einfluss auf die Multiplikatoren im gesamten Empire ausübten. Schon die erste Ausgabe von *The Round Table* vom November 1910, enthielt ein gegen Deutschland gerichtetes Pamphlet mit dem Titel «Anglo-German Rivalry.» Der Artikel war anonym, doch der Autor war Philip Kerr, der spätere Lord Lothian, ein Mitglied des engsten Kreises um Alfred Milner. In diesem Artikel unterstellte Kerr dem deutschen Kaiserreich «eine unerbittlich aggressive Politik, die weder Recht noch Gerechtigkeit jenseits des Orbits der deutschen nationalen Existenz anerkennt.»¹¹ Doch wieso hatte man im Empire ab einem gewissen Zeitpunkt das deutsche Kaiserreich im Visier, während man doch früher Zweckbündnisse mit deutschsprachigen Ländern abgeschlossen hatte?

Beginn eines neuen, außenpolitischen Kurses in Großbritannien

Es war im Jahr 1885, als sich Lord Salisbury, der aus der einflussreichen Cecil-Familie stammte, überlegte, wie das russische Zarenreich in Schach gehalten werden konnte und entwickelte folgende drei Langzeit-Strategien:

1. Schwächung des russischen Gegners durch Hineintreiben in Zahlungsunfähigkeit und danach Entfachen von Revolutionen, 2. Wiederbelebung des Islams an Russlands Grenzen, 3. ein verlustreicher Ausblutungskrieg zwischen dem Zarenreich und Deutschland.¹²

Obwohl Lord Salisbury Russland als eigentlichen Langzeit-Gegenspieler des angelsächsischen Weltreichs betrachtete, ging es ihm zunächst darum, die deutschsprachigen Staaten einzukreisen und dazu ein Bündnis zwischen Frankreich und Russland voranzutreiben, dem

sich dann später auch England in einer lockeren «Entente» anschließen würde. Es fanden sich unterstützende «Mitspieler» von höchstem Rang: Kronprinz Edward von England, Papst Leo XIII. und der – damals noch ziemlich junge – russische Diplomat Alexander Iswolski. Wie ging Salisbury vor? Im September 1887 traf er in Dieppe den französischen Diplomaten Graf Chaudordy und erörterte mit ihm die Grundlinien der späteren Entente politik, wobei Überlegungen angestellt wurden, wie man Russland und Frankreich einander annähern könnte. Bei dieser Annäherung unterstützte sie der Heilige Stuhl in Rom: Papst Leo XIII. sorgte dafür, dass die französischen Katholiken sich der laizistischen französischen Republik fügten und dass die polnischen Katholiken sich der russisch-orthodoxen Zarenherrschaft unterwarfen. So wurde ein Bündnis zwischen den früher gegensätzlichen Staaten ermöglicht.¹³ Unterstützt wurde der Papst vom russischen Diplomaten Iswolski, ab 1888 Botschafter Russlands am Heiligen Stuhl.¹⁴

Methoden zur Durchsetzung der Langzeitziele

Rudolf Steiner durchschaute schon früh: «Viel intimer, viel verborgener liegen die Dinge bei der englischen Politik, die ja ganz beeinflusst ist von dem, was in solcher Weise hinter ihr steckt. Da handelt es sich dann darum, dass man Wege findet, um die entsprechenden Menschen an die richtigen Plätze zu befördern.»¹⁵

Und tatsächlich beschreibt der Historiker John Cafferky, wie die okkulte Gruppe um den geheimnisvollen Alfred Milner, den Verwalter des Rhodes Trusts, das britische Außenministerium übernahm: Sie verschafften Sir Charles Hardinge die Stellung eines ständigen Staatssekretärs im britischen Außenministerium und sorgten dafür, dass schließlich 1905 Sir Edward Grey zum Außenminister ernannt wurde.¹⁶ Doch auch im Ausland bewirkten sie, dass die «entsprechenden Menschen an die richtigen Plätze» kamen: Iswolski stieg nämlich auf persönliche Empfehlung König Edwards VII. zum russischen Außenminister auf (1906).¹⁷ Und als der deutschfeindliche französische Außenminister Théophile Delcassé während der Marokko-Krise in Ungnade gefallen war, wurde er ebenfalls von König Edward VII. und der Milner-Gruppe unterstützt.¹⁸

In diesem Zusammenhang ist die Tatsache äußerst interessant, dass Papst Leo XIII. stark jesuitisch geprägt war und dass Kronprinz Edward von England von 1875 bis 1901 Großmeister der Vereinigten Großloge von England und Mitglied zahlreicher englischer Logen war.¹⁹ Alfred Milner war Großaufseher der Großloge von England,²⁰ Théophile Delcassé war Mitglied der in Foix

beheimateten Freimaurer-Loge «La Fraternité Latine», die zum «Grand Orient de France»²¹ gehörte. Und nach Franz Schwyer, dem Autor von *Geheimbünde*, war auch Iswolski ein Freimaurer.²²

Nachdem der britische Kronprinz schließlich als Edward VII. den Thron bestiegen hatte, machte er im Frühjahr 1903, begleitet von Charles Hardinge, einen «Überraschungsbesuch» in Paris und leitete damit die «Entente Cordiale» zwischen England und Frankreich ein. Wie es dann zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs kam, kann der interessierte Leser in einem Artikel der Autorin nachlesen.²³

Philip Kerr formulierte übrigens den Wortlaut des Kriegsschuldparagraphen 231 des Versailler Vertrags.²⁴ Ausgerechnet er, der als Verfasser des oben angeführten Pamphlets gegen Deutschland genau wusste, wer wirklich den «Großen Krieg» wollte, nämlich er selbst und sein verehrter Lord Milner und dessen Round-Table-Group. Und dennoch besaß er die Chuzpe, dem deutschen Kaiserreich die Alleinschuld zuzuschreiben? Wie geht es eigentlich Engländern heute, wenn sie dies erfahren? Schämen sie sich wenigstens für diesen «Lord Lothian» und seine Lüge, so wie die Deutschen sich heute für Adolf Hitler schämen? Doch es gibt viele Anzeichen, dass auch Letzterer mit maßgeblicher Hilfe von Anglo-Amerikanern an den entsprechenden Platz befördert worden ist.

Dauerhafte Diskreditierung eines Volkes

Nach dem russischen Historiker Nikolay Starikov soll sich Hitler in seinem Pamphlet *Mein Kampf* den Briten angeeignet haben.²⁵ Auf Seite 697 heißt es in diesem Buch: «Wer [...] eine Prüfung der heutigen Bündnismöglichkeiten für Deutschland vornimmt, muss zu der Überzeugung gelangen, dass als letzte durchführbare Bindung nur eine Anlehnung an England übrigbleibt.» Hitler machte klar, dass er bereit sei, gegen die Sowjetunion vorzugehen. Starikov schreibt, dass Hitler sich mit seinem Buch eigentlich an die Briten gewendet habe, «um ihnen mit einfachen und klaren Worten seine Gedanken und seine Vorschläge zu unterbreiten...»²⁶

Starikov weist auch auf die dubiose Rolle des amerikanischen Geheimdienst-Mannes Ernst Hanfstaengl hin, der Hitler in vielem unterstützte, indem er ihm zum Beispiel im März 1923 ein Darlehen von 1000 Dollar gab, was in der damaligen Hyperinflation sehr viel Geld war. Die Nazis kauften dafür zwei neue Druckmaschinen für den *Völkischen Beobachter*, so dass er künftig großformatig und täglich erscheinen konnte. Er interessierte sich auch für Hitlers Bücherregal. Offenbar hatte er die Aufgabe, Informationen über den künftigen «Führer» zu sammeln.²⁷

Und auf S. 61 schreibt Starikov: «Ohne Zweifel lauteten die Fragen des britischen Geheimdienstes: Warum sollten wir einen derartigen Patrioten nicht unterstützen? Warum sollten wir ihm kein Geld geben? Warum sollen wir einem derartigen Freund von Großbritannien nicht helfen, an die Macht zu gelangen?»

Hier könnte das Motiv liegen, warum mächtige anglo-amerikanische Kreise Hitler unterstützt haben.²⁸ Für Einzelheiten, wie dieser Unterstützungs-Prozess vor sich ging, seien die Werke von Antony Sutton, Guido Giacomo Preparata, Gian Trepp und Andrea Bosco empfohlen. Gerade Boscos und Preparatas Forschungen machen deutlich, dass die britische außenpolitische Elite, die von Alfred Milner und dem Round Table und später von Philip Kerr und Lionel Curtis geleitet wurde, Fallen für Deutschland ausgelegt hatte, in die die Deutschen 1914 und 1939 zweimal bereitwillig hineintappten.²⁹ Diese Fallen waren Teil des bewusst herbeigeführten Prozesses, Deutschland als Konkurrenzmacht auszuschalten und als «Rammbock» gegen die Sowjetunion zu missbrauchen. Deutschland und die Sowjetunion sollten sich in einem Vernichtungskrieg gegenseitig ausbluten – und dieser machiavellistische Plan ist im Zweiten Weltkrieg auch gelungen. Nach der Welt-Katastrophe des Zweiten Weltkriegs mit 60 Millionen Toten war Deutschland vollständig besiegt und sehr viele Deutsche hatten furchtbare, persönliche Schuld auf sich geladen. Das Land lag moralisch total am Boden, der Ruf war für Jahrhunderte vollständig ruiniert und die Knechtung konnte beginnen. Jedenfalls sagte sogar Wolfgang Schäuble auf dem Europäischen Bankenkongress am 18. November 2011, dass Deutschland seit dem 8. Mai 1945 nicht mehr voll souverän gewesen sei.³⁰

Dies lässt vermuten, dass die anglo-amerikanischen Sieger des Zweiten Weltkriegs danach erst recht mitentscheiden, wer in Deutschland hochrangige Posten besetzen darf:

1. Konrad Adenauer

Er war Alfred Milner aufgefallen, dem Verwalter des Rhodes-Trusts. Milner hatte vom Inhalt einer Rede Konrad Adenauers erfahren, die Adenauer am 1. Februar 1919 im Hansa-Saal des Kölner Rathauses vor den rheinländischen Abgeordneten der Weimarer Nationalversammlung gehalten hatte. In der Rede sagte er: «... dass sich die Länder am Rhein... zu einem westdeutschen Bundesstaat, zu einer Westdeutschen Republik im Verbands des Deutschen Reiches, zusammenschließen. ... Würde Preußen geteilt werden, die westlichen Teile Deutschlands zu einem Bundesstaat der Westdeutschen Republik»

zusammengeschlossen, so würde dadurch die Beherrschung Deutschlands durch ein vom Geiste des Ostens, vom Militarismus beherrschtes Preußen unmöglich gemacht. ...»

Adenauer sprach also schon 1919 die Teilung Deutschlands an. Milner legte Kerr, damals Sekretär von Lloyd George, nahe, diese Adenauer-Rede genau zu studieren und den britischen Premierminister mit ihren Grundgedanken vertraut zu machen.³¹ Und nach 1945 wurde Konrad Adenauer dann Bundeskanzler.

2. Regierungsbildung 1982

Von Willy Wimmer gibt es einen interessanten Hinweis in Bezug auf die Regierungsbildung in der Bundesrepublik im Jahre 1982: «Mir ist aus diesem Besuch ein Gespräch auf der obersten Etage der CIA in bleibender Erinnerung geblieben. Man hatte Zeit und erörterte die Weltlage [...] Es kam allerdings auch die innenpolitische Situation in der damaligen Bundesrepublik zur Sprache, und wir klagten wohl heftig über die politischen Verwerfungen, die bei der Bundestagswahl 1980 die Wahl des Bundeskanzlers Helmut Schmidt und die damit verbundene Niederlage unseres Kandidaten Franz-Josef Strauß [...] hervorgerufen hatte. Unser Gesprächspartner rief deshalb den für die Bundesrepublik Deutschland verantwortlichen Mitarbeiter sofort zu diesem Gespräch dazu. Der verkündete uns geradezu eine «frohe Botschaft» [...] «In einem Jahr sind Sie an der Regierung», war seine lapidare Feststellung.»³²

1982 gab es dann tatsächlich eine neue Regierung mit Helmut Kohl von der CDU/CSU und der FDP.

3. Wahlkampfhilfe für Gerhard Schröder

Auch bei der Bundeskanzlerwahl im Jahre 1998 gab es aktive Wahlkampfhilfe aus den USA für Gerhard Schröder. Jochen Scholz, Oberstleutnant a.D. berichtete im Herbst 2016 bei einer Sendung des Internetportals KenFM, dass Gerhard Schröder im Frühsommer 1998, während seines Wahlkampfes, in die USA gereist sei und dass man dort mit der Clinton-Regierung über den Kosovo gesprochen habe. Im Anschluss seien Wahlkampfhelfer aus dem Clinton-Team zu Gerhard Schröder gesandt worden – im Gegenzug für gewisse Zugeständnisse. Jochen Scholz sagte: «... Aber wir haben eben auf diesem Wege gehört, dass über das Thema Kosovo gesprochen wurde [...] man hat das so ausgedrückt: «Also wenn es da mal zu einer Auseinandersetzung kommen sollte, dann erwarten wir schon, dass die neue Bundesregierung unter Schröder sich dann auch – mit – militärisch engagiert» [...] Das muss man natürlich vor dem Hintergrund sehen, dass... mit Helmut

Kohl dieser Krieg, diese deutsche Kriegsbeteiligung nicht zustande gekommen wäre. ... Und deswegen mussten es, aus Clintons Sicht, Rot-Grün machen. Und die wollten ja an die Regierung. [...] Es sind Personen in die Wahlkampfzentrale der SPD geschickt worden, nach Bonn, aus dem Clinton-Team. Und es hat dann auch geklappt...»³³

4. Warnung vor «deutschem Alleingang»

Am 13. September 2002 hielt die damalige Oppositionspolitikerin Dr. Angela Merkel als CDU-Vorsitzende eine Rede im Deutschen Bundestag, in der sie vor einem «deutschen Alleingang» warnte.³⁴ Darüber hinaus reiste sie nach Washington und verfasste am 20. Februar 2003 einen Artikel für die *Washington Post* mit dem Titel: «Schroeder doesn't speak for all Germans.»³⁵

Hat sie durch dieses Verhalten nicht signalisiert, dass sie die Politik von George W. Bush voll und ganz unterstützt hätte, wenn sie an der Macht gewesen wäre? Nun, bald war sie an der Macht.

5. Ursula von der Leyen

Ursula von der Leyen wurde während der Europawahl 2019 nicht von den EU-Bürgern zur EU-Kommissionspräsidentin gewählt. Bei ihr wird besonders deutlich, dass der Bürgerwille in der angeblichen «Demokratie» nichts zählt, sondern dass vielmehr ganz andere Gründe für ihre Nominierung ausschlaggebend gewesen sein dürften: Sie hatte am 18. Januar 2019 einen Kommentar in die *New York Times* gesetzt, in dem sie die NATO als Bündnis beschrieb, das unersetzlich sei für eine Freiheit und Frieden fördernde, internationale Ordnung. Sie schrieb von der «russischen Aggression in Osteuropa» und der «chinesischen Machtdemonstration im Südchinesischen Meer» und dass diese Staaten sich der «internationalen Ordnung» widersetzen würden.³⁶

Stellung Deutschlands gegen Russland und China

Am 7. November 2019 hielt die CDU-Vorsitzende und Verteidigungsministerin der Bundesrepublik Deutschland, Annegret Kramp-Karrenbauer, eine Grundsatzrede an der Bundeswehr-Universität München. Sie sagte: «Es besteht breite Übereinstimmung, dass Deutschland angesichts der strategischen Herausforderungen aktiver werden muss. [...] Ein Land unserer Größe und unserer wirtschaftlichen und technologischen Kraft, ein Land unserer geostrategischen Lage und mit unseren globalen Interessen, das kann nicht einfach nur am Rande stehen und zuschauen. [...] Unsere Partner im Indo-Pazifischen Raum – allen voran Australien, Japan und Südkorea, aber auch Indien – fühlen sich von Chinas Machtanspruch

zunehmend bedrängt. Sie wünschen sich ein klares Zeichen der Solidarität. [...] Wir sind die Handelsnation, die von internationaler Verlässlichkeit lebt. Wir sind neben China führend in der internationalen Containerschiffahrt – und auf freie und friedliche Seewege angewiesen. [...] Denn natürlich hat Deutschland wie jeder Staat der Welt eigene strategische Interessen. Zum Beispiel als global vernetzte Handelsnation im Herzen Europas.»³⁷

Die in diesem Ausschnitt behauptete «breite Übereinstimmung» besteht nicht. Umfragen aus jüngerer Zeit beweisen, dass die große Mehrheit der Deutschen keine Bundeswehr-Einsätze im Ausland will.³⁸ Mit dem Satz, Deutschland habe «natürlich eigene strategische Interessen» sagt sie unverblümt aus, dass Krieg als Mittel zur Durchsetzung von «Interessen» zulässig sei. Das ist aber nicht der Fall, denn das UNO-Gewaltverbot besagt eindeutig, dass internationale Konflikte ohne Gewalt gelöst werden müssen. Außerdem fordert das deutsche Grundgesetz, dass die Bundesrepublik Deutschland einen Beitrag zum Frieden in der Welt leisten muss. Kramp-Karrenbauers Rede kommt nicht aus heiterem Himmel. Von transatlantischen Kreisen wurde ein solcher Vorstoß seit langem vorbereitet:

Lange Bearbeitung des deutschen Volkes

Anlässlich des Zweiten Golfkriegs 1990 gab es in Deutschland heftige Proteste und Demonstrationen. *Der Spiegel* brachte damals am 28.1.1991 einen Artikel mit dem Titel: «Nie mehr Täter sein» heraus: «...Doch weil sich die Kamprierer vor amerikanischen Konsulaten niederlassen, weil immer wieder «Kein Blut für Öl» skandiert wird und «Amis raus aus Saudi-Arabien», sind Israelis, Amerikaner und Briten verstört: «Viele, vor allem die Jungen, sehen nicht die Parallelen zwischen dem deutschen Angriff auf Polen 1939 und der irakischen Besetzung Kuweits 1990», monierte die *Financial Times*.»

Keine Frage, dass Iraks Diktator Saddam Hussein der Aggressor war. Dennoch verdient die Vorgeschichte Beachtung: Hussein hatte sich zuvor beklagt, dass Kuweit sich nicht an die vereinbarten OPEC-Förderquoten gehalten hätte, was dem Irak Milliardenverluste verursache. Kuweit würde außerdem schräg unter der Landesgrenze irakische Ölfelder anbohren. Iraks Präsident Hussein sagte am 25. Juli 1990 zur US-Botschafterin April Glaspie, dass es nicht akzeptabel sei, dass Kuweit den Preis für Erdöl tief halte und auf Kosten des Irak sein Territorium ausgeweitet habe. Glaspie antwortete darauf: «... Wir haben keine Meinung zu den innerarabischen Konflikten wie dem Grenzkonflikt mit Kuweit ... Wir hoffen, dass Sie das Problem mit den Ihrer Meinung nach passenden

Mitteln lösen können.» Ramsey Clark, der ehemalige US-Justizminister unter Präsident Johnson glaubt, dass Glaspie damit dem irakischen Diktator eine Falle gestellt hatte.⁷ Die großen Friedensdemonstrationen damals zeigten, dass viele Deutsche – obwohl sie die näheren Umstände nicht kannten – dennoch das richtige Gefühl hatten, nämlich, dass es hier primär um Öl und imperiale Machtinteressen ging.³⁹

Acht Jahre später, am Abend des 24. März 1999 begann der ordinäre, völkerrechtswidrige Angriffskrieg der NATO auf Serbien – und Deutschland war dabei. Der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder, der grüne Außenminister Josef Fischer und der neue Verteidigungsminister Rudolf Scharping sprachen sich für eine Kriegsbeteiligung aus und verkauften sie, unter Einsatz von Phrasen und Lügen, als «humanitären» Einsatz. Die deutschen Massenmedien unterstützten dies mit verlogener Kriegspropaganda.⁴⁰ Deutschland war zum unkritischen Erfüllungshelfen imperialistischer US-Politik geworden.

Dies war wie der Wegfall einer wirksamen Schranke. Zwei Jahre später, nach den Anschlägen des 11. September 2001, rief der damalige US-Präsident George W. Bush den NATO-Bündnisfall aus und forderte einen Auslandseinsatz der Verbündeten in Afghanistan – ein illegaler Angriffskrieg ohne UNO-Mandat.

Doch als es 2003 wieder unter einem Vorwand gegen Saddam Hussein gehen sollte, regte sich wieder Widerstand in Deutschland. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* brachte am 16. Februar 2003 den Artikel heraus: «Die größte Demo aller Zeiten.» «Welttag des Protestes: Millionen Menschen sind am Samstag auf die Straße gegangen, um gegen einen Irak-Krieg zu protestieren. Die Berliner Kundgebung wurde zur größten Friedensdemonstration in der Geschichte der Bundesrepublik.»

Die Bundesregierung unter Gerhard Schröder nahm damals an diesem Krieg gegen den Irak nicht teil. Doch die damalige Oppositionspolitikerin Dr. Angela Merkel hatte schon im September 2002, als sich der Konflikt anbahnte, einen «Alleingang» abgelehnt und berief sich auf die Predigt des evangelischen Bischofs Wolfgang Huber im Berliner Dom vom 11. September 2002 – und diese Predigt hat es in sich. Es hat Wirkung, wenn an einem traumatischen Datum ein Bischof in einer Predigt die Worte Jesu missbraucht, um einen gewissen Zweck zu erreichen: Er sagte, die Worte «Selig, die Frieden stiften; denn sie werden Söhne und Töchter Gottes genannt werden» würden oft missverstanden. Es gehe Jesus, dem Bergprediger, nicht darum, Gewalt und Unrecht passiv hinzunehmen. Beides zu überwinden, sei das Ziel. «Selig sind die Friedensstifter – nicht die Friedfertigen

also, sondern die Friedensverfertiger. Das ist die entscheidende Botschaft der Bergpredigt. Ein Jahr nach dem 11. September ist unserer Welt zu wünschen, dass es zu einer Achse des Friedens kommt. Denn auch der Frieden lässt sich in einer globalisierten Welt nur noch global sichern.»⁴¹

Zwei Tage später bezog sich Angela Merkel in ihrer, oben bereits erwähnten Rede im Bundestag auf diese Rede von Bischof Huber. Sie reiste dann im Februar 2003 nach Washington, um ihre Unterstützung für die Politik G.W. Bushs zu signalisieren. Aber der Frieden wurde nicht gestiftet – im Gegenteil: Der Nahe Osten steht bis heute in Flammen und kein Ende ist in Sicht. Beachtenswert sind allerdings die Karriereschübe, die Huber und Merkel bald darauf hinlegten: Bischof Wolfgang Huber wurde 2003 Ratsvorsitzender der EKD und Dr. Angela Merkel wurde 2005 deutsche Bundeskanzlerin.

Trotz Friedensdemonstration – die Kriegsfalken gaben nicht auf. Neue Vorstöße kamen: Am 22. Mai 2010 ließ der damalige Bundespräsident Horst Köhler verlauten, Deutschland «müsse mit seiner Außenhandelsabhängigkeit zur Wahrung seiner Interessen im Zweifel auch zu militärischen Mitteln greifen.»⁴² Dies wurde damals noch als Tabubruch aufgefasst. Vier Jahre später, am 31. Januar 2014, eröffnete Bundespräsident Joachim Gauck die 50. Münchner Sicherheitskonferenz mit einer Rede, in der er praktisch «mehr Verantwortung» Deutschlands in der Welt forderte.⁴³

Nach Donald Trumps Wahlsieg bündelte sich Wolfgang Ischinger am 11. November 2016 der neuen US-Regierung durch einen Artikel in der *New York Times* an, indem er schrieb: «Aber wo immer Mr. Trump hinschauen wird, er wird keine besseren Partner für die Arbeit finden, US-amerikanische strategische Interessen zu sichern und als Multiplikator für seine militärische Macht zu dienen.»⁴⁴

Eine Pressekampagne

Am 22. Januar 2018 hielt der britische General Sir Nicholas Carter, damals der oberste Militär der britischen Armee eine Rede beim Royal United Services Institute in UK. Er warnte vor Russland und forderte «Boots on the ground», also die Bereitschaft für Bodentruppen der NATO-Verbündeten.⁴⁵

Ab diesem Zeitpunkt verstärken sich auch die medialen Kampagnen in diesem Sinne, wie zum Beispiel am 8.6.2018, als US-NATO-Botschafterin Kay Hutchison ein Interview im Deutschlandfunk gab, in dem sie sagte: «Wir wünschen uns, dass Deutschland Führung übernimmt.» Als größte Volkswirtschaft in Europa sei Deutschland das

Land, das am meisten beitragen könne – und aus Sicht der USA deswegen auch eine Führungsrolle im europäischen Bündnis übernehmen sollte.

Die US-NATO-Botschafterin meint also, Deutschland solle auch im Falle einer Konfrontation mit Russland eine führende Rolle übernehmen. Die Moderatorin wies sie auf die belastete Vergangenheit Deutschlands hin. Doch Hutchison sagte, Deutschland sehe leider noch nicht, dass es über seine Vergangenheit hinausgewachsen, dass es heute «demokratisch» und ein «Wächter der Demokratie» sei. Es gäbe keinen Grund, warum Deutschland nicht die Führungsrolle in Europa innehaben sollte, aber das bedeute auch, dass man in der Lage sein solle, sich selbst zu verteidigen.⁴⁶

Dass dies für Deutschland die Vernichtung bedeuten würde, wird von ihr nicht gesagt.

Zwei Monate später, am 11.8.2018, brachte der *Tagespiegel* unter dem Titel: «Deutschland macht nur Dinge, bei denen es nicht nass wird» ein Interview mit Wolfgang Ischinger, in dem er folgende, bemerkenswert fast debile Aussage machte: «Als deutscher Botschafter in den USA habe ich gerne gesagt: In der Geschichte haben wir Deutschen oft auf der falschen Seite gestanden. Nun werden wir immer auf der richtigen Seite stehen.»⁴⁷ Angesichts der Tatsachen, dass die Eliten der Briten und USA anderen Staaten schon öfters auch «Pandora-Büchsen» geschenkt und Fallen gestellt haben, eine absolut hirnlose Bemerkung. Bald darauf, angesichts der dubiosen Vorfälle um den britischen Tanker im Persischen Golf im Sommer 2019, können sich gleich drei Deutsche vorstellen, dass Deutschland «mehr Verantwortung übernimmt»: Am 26. Juli gibt Karl-Theodor zu Guttenberg dem CNBC ein Interview zum Thema,⁴⁸ zwei Tage darauf drängt Wolfgang Ischinger auf deutsche Beteiligung an einer EU-Schutzmission im Golf.⁴⁹ Und auch Grünen-Chef Habeck zeigt sich am 3.8.2019 dafür offen.⁵⁰

Am 5. September 2019 behauptete der Präsident der Berliner Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Karl-Heinz Kamp, im *Cicero*, «dass der Aufstieg Chinas dramatische Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Europa haben» werde. «Langfristig werden die großen europäischen Staaten allerdings, [...] nicht darum herumkommen, in einem dritten Schritt ihrerseits Fähigkeiten zur weitreichenden Machtprojektion vor allem im maritimen Bereich aufzubauen. Das gilt nicht nur aus der Perspektive der NATO, sondern auch aus der Sicht der EU, wenn diese ihrem eigenen Anspruch des 'global players' gerecht werden will.»⁵¹

Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer machte am 21. Oktober 2019 einen Vorstoß, indem sie eine

internationale Sicherheitszone in Nordsyrien forderte,⁵² für den sie von Friedrich Merz²⁷ zwei Tage später gelobt wird.⁵³ Und am 29. Oktober meldet sich dann noch Wolfgang Schäuble zu Wort. Im *Tagesspiegel* heißt es: «Schäuble fordert stärkeres militärisches Engagement Deutschlands. Wolfgang Schäuble rückt vom Parlamentsvorbehalt ab und plädiert für eine Syrien-Schutzzone ... «Eine Mehrheit will, dass Deutschland sich nicht nur für die eigene Sicherheit, sondern auch die seiner Verbündeten und bei der Terrorismusbekämpfung engagiert.»⁵⁴

Dieser Satz ist die Unwahrheit, wie die bereits angesprochenen Umfragen zeigen.

Man sieht, welch massive Kampagne von diesen relativ wenigen, prominenten Politikern vor der Grundsatzrede der Verteidigungsministerin stattgefunden hat – bis hin zu Talkshows bei Maybritt Illner mit Sigmar Gabriel, mittlerweile Vorsitzender der Atlantikbrücke. Am 8. November 2019, also einen Tag vor dem «Schicksalstag» der Deutschen, hielt dann, als Krönung des Ganzen, die künftige EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen eine Rede vor der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin, in der sie sagte: «Europa muss auch die Sprache der Macht lernen.» [...] Das heißt zum einen, eigene Muskeln aufbauen, wo wir uns lange auf andere stützen konnten – zum Beispiel in der Sicherheitspolitik.»⁵⁵

Folgender Schluss ist daraus zu ziehen: Die transatlantischen Hintergrund-Mächte drängen sehr stark, dass Deutschland – und womöglich alle EU-Staaten – künftig das Leben ihrer Soldaten für die Wirtschaftsinteressen des Westens einsetzen sollen. In einem Artikel bei *KenFM* zitiert der Historiker Wolfgang Effenberger den Stabschef General Omar N. Bradley mit seiner Aussage vom 20. Juli 1949 vor dem Kongress: «Erstens werden die Vereinigten Staaten mit den strategischen Bombenangriffen betraut [...] Zweitens wird die Kriegsmarine der Vereinigten Staaten und der westlichen Seemächte die Hauptseeoperationen, [...] durchführen. [...] Drittens sind wir der Meinung, dass der Hauptteil der Landstreitkräfte aus Europa kommen sollte.»

Der Hauptteil der Landstreitkräfte soll aus Europa kommen! Das muss man zusammenhalten mit der, ebenfalls in Effenbergers Artikel zitierten Aussage des General a.D. Gerd Schmückle, ehemaliger stellvertretender NATO-Oberbefehlshaber, der die neuen Interventionsziele der NATO auf den Punkt brachte: «Letzten Endes entscheiden die Interessen der Vereinigten Staaten darüber, wo interveniert wird. Alles dreht sich um die Ökonomie. Wo gibt es Öl, wo sind die zukünftigen Ölquellen?»⁵⁶

Es geht also nicht um «eigene strategische Interessen» Deutschlands oder der EU sondern um die Interessen der

Vereinigten Staaten. Das Schockierende an der Formulierung von Kramp-Karrenbauers Grundsatzrede ist, dass die rechtliche, völkerrechtliche und grundgesetzliche Frage gar nicht gestellt wird. Außerdem: Von China und Russland geht, nach Jochen Scholz, überhaupt keine Gefahr aus.⁵⁷

Was heißt das nun, dass ein so unverblümter Vorstoß von einer Deutschen vorgebracht wird – wenn auch im Einklang mit transatlantischen Kreisen? Ist der Verteidigungsministerin denn nicht klar, dass ihre Rede später als Beleg für die angebliche deutsche Kriegslust dienen kann – obwohl 73 Prozent der Deutschen heute keinen Krieg wollen? Erkennen Frau Kramp-Karrenbauer und all diejenigen, die sie unterstützen, denn nicht, dass sie damit in eine Falle laufen – wie tumbe deutsche Entscheidungsträger schon früher in sorgfältig präparierte Fallen der Angelsachsen getappt sind? Es ist deshalb eine Falle, weil Deutschland in der Mitte Europas liegt und die meisten Nachbarn hat. Ein Land mit so vielen Nachbarn kann sich Krieg nicht erlauben, weil die Gefahr viel zu groß ist, dass ein mächtiger, außereuropäischer Kriegsgegner ein Nachbarland als Verbündeten gegen Deutschland gewinnen könnte – und dann wäre Deutschland wieder einem Zweifrontenkrieg ausgesetzt.

Schlussbetrachtung

Aus dem bisher Ausgeführten wird deutlich, dass die unpolitischen Deutschen sich wiederholt ins Verderben führen ließen und von ihren eigenen politischen Führern verraten wurden, die sich ihrerseits in Fallen locken ließen:

a) Die deutschen Unterzeichner des Versailler Vertrags haben das deutsche Volk verraten, indem sie diesen sogenannten Vertrag, der in Wirklichkeit ein Siegerdiktat war, unterzeichneten.

b) Adenauer hat die Interessen des deutschen Volks verraten, indem er schon 1919 bereit war, Deutschland teilen zu lassen.

c) Hitler hat die Interessen des deutschen Volks verraten, indem er sich England anbiederte, für sie gegen die Sowjetunion zu kämpfen.

d) Josef Fischer und Gerhard Schröder haben die Interessen des deutschen Volks verraten, indem sie 1999 bereitwillig beim Angriffskrieg gegen Jugoslawien mitgemacht haben.

Und Ursula von der Leyen und Annegret Kramp-Karrenbauer heute? Verraten nicht auch sie die Interessen des deutschen Volkes und der EU-Bürger, indem sie bereit sind, sich mit Russland und dem Milliardenvolk China anzulegen? Eine Kriegsbeteiligung Deutschlands gegen

diese Giganten würde die Vollendung des Selbstvernichtungsprozesses des deutschen Volks bedeuten. Es liegt an uns Menschen, wach zu bleiben und hinzuweisen auf das, was in Wirklichkeit geschieht und sich nicht blenden und einschlafen zu lassen. Dann lässt sich die Katastrophe noch abwenden.

Angelika Eberl

Zur Autorin

Angelika Eberl, Jahrgang 1966, studierte zwei Semester Deutsch/Geschichte und wechselte dann in das Übersetzer-Dolmetscher-Metier. Sie war in einigen internationalen Firmen tätig. Das Interesse für Rudolf Steiners Anthroposophie begann schon früh. Vor einigen Jahren hatte sie mit wachsendem Erstaunen Rudolf Steiners *Zeitgeschichtliche Betrachtungen* gelesen. Sie wollte aber mit ihren Mitteln die Inhalte überprüfen. Dabei stieß sie auf die Werke von teils deutsch-, teils englischsprachigen Historikern, wie Wolfgang Effenberger, Gerry Docherty und Jim Macgregor, John Cafferky, Antony Sutton, David Owen und anderen, die ganz unabhängig von Rudolf Steiner zu ihren Forschungsergebnissen gekommen waren. Und siehe da, die gut belegten Forschungen dieser Historiker stützen Erkenntnisse von Rudolf Steiner, wie sie in den *Zeitgeschichtlichen Betrachtungen* und in anderen Schriften und Vorträgen dargelegt sind. Steiner hatte also damals schon die Wahrheit gesagt, die von heutigen, mutigen Historikern, durch Zugang zu neuem Archivmaterial, bestätigt wird.

Anmerkungen

- 1 Rudolf Steiner, *Aufsätze über die Dreigliederung des Sozialen Organismus und zur Zeittage*, GA 24, S.146.
- 2 Rudolf Steiner, Vortrag vom 30.9.1914 (GA 174b), S. 27.
- 3 Rudolf Steiner, Vortrag vom 12.3.1916 (GA 174b), S. 146.
- 4 Siehe Vortrag von Terry Boardman, 2014: «Kaspar Hauser, der Erste Weltkrieg und die Beziehung zwischen England und Deutschland.» <http://threeman.org/?p=1869>
- 5 Rudolf Steiner, Vortrag vom 18. Dezember 1916, *Zeitgeschichtliche Betrachtungen*, Bd. I, S. 238.
- 6 Siehe John P. Cafferky, *Lord Milner's Second War*, Kapitel 9: «Fabricating the Austrian Menace».
- 7 Markus Osterrieder, *Welt im Umbruch*, S. 901-902.

- 8 <https://www.welt.de/print-welt/article545552/Griff-in-die-Geschichte-Germans-to-the-front.html>
- 9 1. Zulukrieg (1879), 2. Erster Burenkrieg (1880/81), 3. Anglo-Ägyptischer Krieg (1882), 4. Mahdi-Aufstand (1881-1898), 5. Gordon Relief Expedition (1884/85), 6. Britisch-Sansibarischer Krieg (1896), 7. Zweiter Matabelekrieg (1896), 8. Malakand Field Force (1897). Quelle: Kriege Brit. Empire, Wikipedia.
- 10 [https://en.wikipedia.org/wiki/Saturday_Review_\(London_newspaper\)](https://en.wikipedia.org/wiki/Saturday_Review_(London_newspaper))
- 11 Siehe.: <http://threeman.org/?p=2667> Terry Boardman: «Narratives: 1914-2018...».
- 12 John Charmley, *Splendid Isolation?* London, 1999, S. 201 und S. 213.
- 13 Wolfgang Effenberger, *Europas Verhängnis 14/18*. Kritische angloamerikanische Stimmen zur Geschichte des Ersten Weltkriegs. Höhr-Grenzhausen 2018, S. 30-33 und S. 45-47.
- 14 Adamow, *Die Diplomatie des Vatikans zur Zeit des Imperialismus*.
- 15 Vortrag vom 17. Dezember 1916: *Zeitgeschichtliche Betrachtungen*, Bd. I (GA 173a), Taschenbuch, S. 205.
- 16 John Cafferky in *Lord Milner's Second War*, S. 66-68.
- 17 Gerry Docherty/Jim Macgregor, *Verborgene Geschichte*, S. 138.
- 18 Gerry Docherty/Jim Macgregor, *Verborgene Geschichte*, S. 90 u. Cafferky, *Lord Milner's Second War*, S. 80.
- 19 Robert A. Minder, *Freimaurer-Lexikon*, Innsbruck, 2004, S. 39.
- 20 Robert A. Minder, *Freimaurer-Lexikon*, Innsbruck, 2004, S. 43.
- 21 *Zeitgeschichtliche Betrachtungen*, Bd. I (GA 173 a), Taschenbuch, Anmerkungen, S. 563.
- 22 Franz Schwyer, *Geheimbünde*. München, 1925, S. 5.
- 23 <https://fassadenkratzer.wordpress.com/2019/03/27/widerlegung-der-hauptschuld-deutschlands-am-1-weltkrieg/#more-5330>
- 24 Andrea Bosco, *The Round Table Movement and the Fall of the «Second» British Empire* (1909-1919), S.402.
- 25 Nikolay Starikov, *Wer hat Hitler gezwungen, Stalin anzugreifen?*, ab S. 52.
- 26 Ebenda, S. 55.
- 27 Ebenda, S. 96-98.
- 28 Siehe auch: Guido Preparata: <http://www.larsschall.com/2012/08/05/die-ublichen-geschafte-hinter-dem-gemetzel/> u. <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=21134>
- 29 <http://threeman.org/?p=2584> Terry Boardman, «The Round Table and the Fall of the Second British Empire».
- 30 Siehe hier: <https://www.youtube.com/watch?v=YWfy63Wmdlw>
- 31 Markus Osterrieder, *Welt im Umbruch*, ab S. 1443 ff.
- 32 Willy Wimmer, *Deutschland vor der Bewährung* <https://zeitgeist-online.de/exklusivonline/dossiers-und-analysen/1072-deutsch>
- 33 <https://kenfm.de/kenfm-positionen-7/> bei etwa 01.02.20 Std/Min.
- 34 <https://www.youtube.com/watch?v=izcpOXCyssh> Dr. Angela Merkels Rede im Bundestag vom 13. September 2002.
- 35 <https://www.washingtonpost.com/archive/opinions/2003/02/20/schroeder-doesnt-speak-for-all-germans/1e88b69d-ac42-48e2-a4ab-21f62c413505/>
- 36 Ursula von der Leyen, «The World Still Needs NATO», NYT am 18. Januar 2019.
- 37 <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/rede-der-ministerin-an-der-universitaet-der-bundeswehr-muenchen-146670>
- 38 Siehe folgende 5 Umfragen:1. <https://www.stern.de/politik/ausland/umfragen-mehrheiten-gegen-den-krieg-3337530.html>